

Sozialarbeit



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3spaltige Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 15 • 37. Jahrgang

Berlin, den 11. April 1931

Der historische Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit

Vom 16-Stunden-Tag zur 40stündigen Arbeitswoche

Dem jüngeren Geschlecht ist es weniger verständlich, welche ungeheuren Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit seit mehr als 100 Jahren geführt wurden. Als der Kapitalismus seine Herrschaft antrat, bestand eine überaus lange Arbeitszeit. Arbeitszeiten von 14 bis 18 Stunden täglich waren die Regel. Im vorkapitalistischen Handwerk war die Arbeitszeit nicht geringer, sie wurde aber durch die vielen Feiertage und den blauen Montag wesentlich gemildert. In England, dem Mutterlande des Kapitalismus, setzte bereits früh eine Bewegung gegen die lange Arbeitszeit ein. Als einer der erfolgreichsten Vorkämpfer in dem Ringen um die Verkürzung der Arbeitszeit kann einer der hervorragenden Klopfer, der englische Spinnereibesitzer Robert Owen, bezeichnet werden. Er führte in seinem Betriebe die achtstündige Arbeitszeit ein und verlangte deren Verankerung in der Gesetzgebung. Im Jahre 1818 wandte er sich mit einer Denkschrift an die in der „Heiligen Allianz“ zusammengeschlossenen Regierungen. Trotz dieser mutigen Versuche hat die europäische Arbeiterbewegung noch viele Jahrzehnte unter einer unermesslich langen Arbeitszeit zu leiden gehabt.

Noch war das Wirken von Robert Owen und die harten Bemühungen der englischen Gewerkschaften von teilweise Erfolg begleitet. Der Kampf der Trade Union gegen die gesundheitserstörende Arbeitszeit setzte bereits im Jahre 1802 ein. Er wurde mit Hartnäckigkeit Jahrzehnte hindurch geführt, bis im Jahre 1807 ein Normalarbeitstag von 10 Stunden gesetzlich eingeführt wurde. Bereits im Jahre 1847 wurde für weibliche und jugendliche Arbeiter in der englischen Textilindustrie die 58-Stunden-Woche eingeführt. Im englischen Baugewerbe und in der Maschinenindustrie, wenigstens in großen Teilen derselben, trat schon Anfang der 40er Jahre eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden ein. In Australien wurde durch Fabrikgesetz im Jahre 1874 die Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich beschränkt. Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika kam es infolge gewerkschaftlicher Anstrengungen zu wesentlicher Verkürzung der Arbeitszeit. Trotzdem war hier der Zwölfstundentag mit entsprechenden Pausen die Regel. Ein im Jahr 1868 eingeführtes Gesetz, für alle Staatsbetriebe den Achtstundentag anzuerkennen, kam nicht zur Durchführung. Erst 1883 bzw. 1892 gelang eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in Staatsbetrieben, die auf 8 Stunden täglich begrenzt sein sollte. In Frankreich hatte die Revolution von 1848 den 12stündigen Normalarbeitstag gebracht. Durch Dekret von 1900 wurde ein Maximalarbeitstag für alle Betriebe, in denen Männer, Frauen und Jugendliche zusammen arbeiten, auf 11 Stunden und im Verlauf von 4 Jahren auf 10 Stunden täglich beschränkt. Die Gewerbenoelle von 1885 brachte in Österreich den Elfstundentag für gewerbliche Betriebe. In der Schweiz wurde durch das Fabrikgesetz von 1877 die Arbeitszeit auf 11 Stunden, an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen auf 10 Stunden täglich begrenzt. Alle diese im Laufe der Jahre erreichten Errungenschaften sind auf das unablässige Drängen der Arbeiterorganisationen zurückzuführen.

In Deutschland war der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit am hartnäckigsten. Eine unermesslich lange Arbeitszeit bestand lange Zeit hindurch. In den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts bürgerte sich allgemein der 12stündige Schichtwechsel ein. Dagegen blieb die Arbeitszeit in den Industrien ohne Schichtwechsel außerordentlich lang. Im Bund mit den Gewerkschaften reichte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion immer wieder Gesetzentwürfe ein, die zum Ziele hatten, die Arbeitszeit auf 10 Stunden bzw.

9 Stunden zu begrenzen. Diese wurden immer wieder abgelehnt. Das Arbeiterschutzgesetz von 1891 brachte zum ersten Male eine Bestimmung für die Arbeitsdauer der Fabrikarbeiterinnen, die auf höchstens 11 Stunden täglich, an Sonnabenden auf 10 Stunden beschränkt sein sollte. Einen Anschauungsunterricht über den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit erhält man, wenn man die Protokolle der Parteitage und der Gewerkschaftstongresse durchblättert. Im November 1867 forderte die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins die Einführung eines Maximalarbeitstages von 12 Stunden, einschließlich zwei Stunden Pause für Mahlzeiten. Auf dem Kongress der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Eisenacher Richtung im Juni 1870 führte der Delegierte Vorst aus Hamburg noch lebhafter Beschwerde, daß in den meisten Orten Deutschlands noch eine 16- bis 18stündige Arbeitszeit bestünde.

Die nach 1890 erstarkten Gewerkschaften richteten ihr Hauptaugenmerk auf die Verkürzung der Arbeitszeit. Schritt um Schritt wurde ein Erfolg gerungen. Allgemein bestand vor dem Kriege der neun- und zehnstündige Arbeitstag. Einzelne Berufe arbeiteten allerdings schon 8 Stunden. Erst nach dem Kriege gelang es, die gesetzliche Arbeitsbeschränkung zu erreichen. Am 15. November 1918 wurde zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden eine Vereinbarung getroffen, deren § 9 folgendes bestimmte: „Das Höchstmäß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf 8 Stunden festgesetzt. Verdienstminderungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.“ Durch eine Verordnung der Volksbeauftragten wurde diese Vereinbarung gesetzlich festgelegt.

Nach Friedensschluß gelang es in allen Ländern in der Arbeitszeitgesetzgebung mit einem gewaltigen Aufschwung vorwärts zu kommen. Das Washingtoner Abkommen vom Jahre 1919 sollte als ein Bahnbrecher in dieser Beziehung gelten. Das Übereinkommen ist leider erst von wenigen Staaten ratifiziert worden. Ramentlich haben sich die großen Industrieländer noch nicht zu einer Annahme ausschwingen können. Trotzdem ist in den meisten Ländern der Achtstundentag praktisch zur Wirklichkeit geworden. Der Gewerkschaftstongress 1930 in Stockholm beschloß, auf die Einführung der 44-Stunden-Woche in allen Ländern hinzuwirken.

Die gegenwärtige Krise veranlaßte die deutschen Gewerkschaften, die Einführung der 10-Stunden-Woche, wenn auch vorläufig als Notmaßnahme, in den Vordergrund zu stellen. Die technische Entwicklung rechtfertigt eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 8 Stunden durchaus. Wenn mit Hilfe der Maschinen die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitskraft so groß ist, daß in wenigen Stunden eine so gewaltige Menge von Gütern geschaffen werden kann, dann muß die Arbeitszeit diesen Produktionsergebnissen angepaßt werden. Zweck dieses Artikels sollte es sein, einmal in kurzen Ausführungen auf den 100 Jahre währenden Kampf um die Arbeitszeitverkürzung aufmerksam zu machen. In diesem Kampf wurde eine Kulturarbeit geleistet, die für die Geschichte der Menschheit von ungeheurer Bedeutung war. Welche Opfer für dieses Prinzip im Laufe der Jahrzehnte gebracht wurden, läßt sich kaum in Worten ausdrücken. Die jüngere Generation unter der Arbeiterbewegung sollte aber aus der Geschichte des Kampfes um die Verkürzung der Arbeitszeit die Lehre ziehen, daß endgültige Errungenschaften nur durch harte unablässige Bemühungen und unter Einsatz der ganzen Person erreicht werden können.

Berufszählung der Rundfunkhörer

Während einer der letzten Sitzungen des Postverwaltungsrates wurden die neuen Ergebnisse einer Berufszählung der Rundfunkhörer bekanntgegeben. Sie ist im vorigen Jahre durchgeführt worden und bietet interessantes Material. Danach gehören zu den:

selbständigen	
Erwerbstätigen	30 gegen 28 Proz. in 1928
Beamten	13,5 gegen 18,1 Proz. in 1928
Angestellten	22 gegen 22,2 Proz. in 1928
Arbeitslosen	25,6 gegen 22,5 Proz. in 1928
ohne Berufsaussage	8,9 gegen 9 Proz. in 1928

Bezeichnend ist, daß die stärkste Zunahme prozentual die Arbeiter, die stärkste Abnahme an Rundfunkhörern die Beamten zu verzeichnen haben. Nach dieser Statistik zählen Arbeiter, Angestellte und Beamte zusammen 61,1 Proz. oder rund 2,1 Millionen Hörer. Unwahrscheinlich hoch ist die Zahl der selbständigen Erwerbstätigen, die mit 30 Proz. aller Hörer angegeben wird. Sicherlich befinden sich auch darunter zahlreiche Personen, die zu den proletarischen Existenzen, also den Gruppen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu rechnen sind. Teilweise wird es sich hier um Erwerbslose handeln, die sich z. B. als Reisende, Agenten, Annoncenwerber, Händler usw. Verdienstmöglichkeiten schaffen, also in keinem Angestelltenverhältnis stehen und darum als selbständige Erwerbstätige gelten. Man kann von ihnen und auch von den Hörern ohne Berufsaussage sicher die große Mehrheit zu den arbeitnehmenden Schichten rechnen. Nehmen wir aber auf Grund vorsichtiger Schätzung einen Prozentsatz von 15 Proz. der Hörerzahl an, die zu den Arbeitnehmerkreisen zu zählen sind, so ergeben sich rund 76,1 Proz. der Gesamt Hörerzahl oder 2,6 Millionen Personen, die den Block proletarischer Hörer bilden.

Auf diese Tatsache nimmt das Programm des Rundfunks noch immer nicht genügend Rücksicht. Noch weniger aber darauf, daß ein erheblicher Teil der Hörer, wenn nicht gar die Mehrheit, den sozialistischen Bevölkerungskreisen angehört. Auf alle Fälle ergeben sich aus der Berufszählung der Teilnehmer Schlußfolgerungen, die von den leitenden Stellen des Rundfunks beachtet werden müssen, wenn sie ihre Sache nicht selber schädigen wollen. Erfreulich ist auch der Umstand, daß die Kreise der Handarbeiter den stärksten Anteil an der Zunahme der Hörer aufweisen.

Unfähig zu sparen

Der Einlagenüberschuß der deutschen Sparkassen hat sich ganz wesentlich vermindert. Noch mehr ging der Einzahlungsüberschuß zurück. Vom Oktober 1924 bis Oktober 1930 sank dieser von 166 Millionen auf 37 Millionen. Zu dieser Entwicklung bemerkt die Zeitschrift „Sparkasse“:

„Die Gründe für diesen so bedauerlichen Rückgang liegen auf verschiedenen Gebieten. Erklärlich ist, daß die schwere Krise, die uns betroffen hat, zu einem wesentlichen Teil dazu beigetragen hat. Denn die Verdienste in allen Gewerben, Branchen und Berufen sind sehr erheblich zurückgegangen, und das hat natürlich auch die Sparkraft der Bevölkerung beeinträchtigt. Aber die Wirtschaftskrise erklärt diesen außerordentlich starken Rückgang der Einzahlungen nicht ganz. Hierzu kommen noch andere Gründe mehr politischer Natur. Die sogenannte Vertrauenskrise hat in vielen unklaren Köpfen Vorstellungen über die Möglichkeit eines Verfalls der deutschen Währung hervorgerufen und die Folge waren Abhebungen und Zurückhaltung von Einzahlungen.“

Die rückläufige Entwicklung des Sparzinnes zwang es insbesondere in den Großstädten wahrnehmbar. Der Einlagenzuwachs der Sparkasse der Stadt Berlin betrug im vergangenen Jahre nur noch die Hälfte des Vorjahres. In dem umgekehrten Verhältnis standen die Abhebungen von Spargeldern. Den aufmerksamen Beobachter kann eine solche Entwicklung nicht überraschen. Wenn ein wesentlicher Teil der Bevölkerung noch nicht einmal genügend zu essen hat, dann hört jede Sparfähigkeit auf, und es erfolgt im Gegenteil eine Ausfrierung der Sparmasse.

Der Kampf um den § 218

Der § 218 des Deutschen Strafgesetzbuches besagt:

„Eine Schwangere, welche ihre Frucht vorzüglich abtreibt oder im Mutterleibe tötet, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter sechs Monaten ein. — Dieselben Strafvorrichtungen finden auf denjenigen Anwendung, welcher mit Einwilligung der Schwangeren die Mittel zu der Abtreibung oder Tötung bei ihr anwendet oder beigebracht hat.“

Um diesen Paragraphen wird heftig gestritten. Eine Ärztin und ein Arzt von Stuttgart wurden verhaftet, weil sie in Hunderten von Fällen gegen den § 218 verstoßen haben sollen. Hier handelt es sich um eine Angelegenheit, die das arbeitende Volk in erster Linie angeht. Betrachtet man nachstehende Ziffern, so wird man sich darüber klar sein, welche Motive dem Kampf um den § 218 zugrunde liegen: Die Zahl der jährlichen Abtreibungen in Deutschland wird auf eine Million geschätzt und liegt höher als die Zahl der Geburten. 20 000 Tötungen werden jährlich durch Abortkinder, 200 000 bis 300 000 Frauen erleiden schwere Erkrankungen nach Fehlgeburten, rund 10 000 Anzeigen je Jahr erfolgen wegen Abtreibungen und etwa 6000 bis 7000 jährliche Verurteilungen. Die Ziffern sprechen eine deutliche Sprache. Meistens werden es Frauen des arbeitenden Volkes sein, die wegen Übertretung des § 218 in die Räder der Justiz geraten. Wenn ein Arbeitsloser nur mit Mühe und Not sich und die Seinen zu ernähren vermag und trotzdem ein neuer Ankömmling sich ankündigt, dann wird die Frage akut, ob nicht aus sozialen Gründen ein Eingriff notwendig ist. Die in den Großstädten eingerichteten Eheberatungsstellen können ein Lied davon singen, wie ungeheuer groß die Zahl der Menschen ist, die aus ihrer mangelhaften sozialen Lage heraus sich an sie wenden und Rat und Hilfe verlangen. Weil ein ärztlicher Eingriff durch den § 218 erschwert ist, greift das Volk zur Selbsthilfe und findet Eingang bei Karpfischern, Engelmacherinnen usw. Die Grausamkeit und Unmännlichkeit des § 218 wird deutlich dargelegt dadurch, daß jährlich über eine Million deutscher Frauen gegen ihn verstoßen. Der in Stuttgart angeklagte Arzt Dr. Friedrich Wolf stellt folgende Forderungen auf:

„1. Einrichtung für Beratungskassen zur Geburtenregelung und Sexualhygiene; dort kostenlose Ausgabe von Verhütungsmitteln an Krankentafelmitglieder und Unbemittelte. 2. Die Notwendigkeit der Unterbrechung der Schwangerschaft kann nur von sozial gestellten beamteten Ärzten entschieden werden. Die Unterbrechung der Schwangerschaft selbst soll nur in staatlichen Kliniken durch geschulte Ärzte stattfinden.“

Man kann gegen diese Forderungen dies- und jenes einwenden; dennoch kann man ihnen die Berechtigung nicht versagen. Bernard Shaw hat einmal seinem Standpunkt durch folgende Worte Ausdruck verliehen: „Ein Volk, das nicht die Möglichkeit hat, seine Kinder zu ernähren, hat nicht das Recht, Kinder zu verlangen!“ Dieser Ansicht ist auch die Mehrheit des arbeitenden Volkes.

Der Sozialistische Frauentag und die Arbeiterinnen

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands veranstaltete in der Zeit vom 12. bis 24. April eine großzügige Propaganda zur Gewinnung neuer Mitglieder aus den Reihen der Frauen und zur Festigung des Glaubens an die siegreichen Ideen und an den Erfolg der Bestrebungen der Partei in den Reihen der bereits gewonnenen Mitglieder. Die Gewerkschaften unterstützen diese Propaganda. Sie wenden sich deshalb an ihre weiblichen Mitglieder und an die übrigen Arbeiterinnen mit der dringenden Bitte:

Folgt dem Ruf der Sozialdemokratischen Partei!

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Sozialdemokratische Partei sind eins in dem Streben, die Lebensbedingungen der sozial am ungünstigsten stehenden Bevölkerungsschicht besser zu gestalten. Beide wissen, daß dies Streben nur dann Erfolg haben wird, wenn die große Masse der Beschäftigten und auf Erwerbsarbeit angewiesenen Bevölkerungsschicht durch Zusammenfluß sich eine Machtposition geschaffen hat, deren Willen die Gegner des wirtschaftlichen, geistigen und gesellschaftlichen Aufstiegs der Arbeiterklasse Rechnung tragen müssen.

Die Gewerkschaften können ihre, vornehmlich gegenwärtigen dienenden Aufgaben nur erfüllen, wenn die politischen Voraussetzungen dazu gegeben sind. Sie bestehen in dem Recht, sich organisieren und den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen führen zu können, ohne daß der Staat mit seinen Machtmitteln einseitig zugunsten der bestehenden Schichten der Bevölkerung eingreift.

Erst der Einfluß der Sozialdemokratischen Partei auf die Gestaltung des politischen Lebens hat diese Voraussetzungen geschaffen.

Erst der Einfluß der Sozialdemokratischen Partei hat auch ermöglicht, daß die Frauen Anteil nehmen können an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen.

Das Wahlrecht verdanken die Frauen der Sozialdemokratischen Partei.

Die Sozialdemokratische Partei hat jahrzehntlang als einzige politische Partei die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frauen vertreten und gefordert. Sie hat das Frauenwahlrecht zu allen Körperchaften des öffentlichen Rechts durchgesetzt, als sie nach dem 9. November 1918 zu größerem politischen Einfluß gekommen war. Erst seit dieser Zeit bemühen sich auch die anderen Parteien um die Gunst der Frauen. Alle Parteien werden jetzt um ihre Sympathie, weil sie die Stimmen der Frauen haben wollen zur Durchsetzung ihrer Absichten, denn

Die Frauen bilden die Mehrzahl der Wähler.

Wie weit der Ausfall von Wahlen auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung Einfluß ausüben kann, haben die Reichstagswahlen vom 14. September 1930 bewiesen. Sie haben durch den Stimmenzuwachs der radikalen Parteien, der Nationalsozialistischen und Kommunistischen Partei, den Gegnern der Aufstiegs der Arbeiterklasse einen erheblichen Teil der Macht zurückerobert, den sie in der Vorkriegszeit besaßen, aber durch die Revolution verloren hatten.

Die Folgen davon zeigen sich uns in den erfolgreichen Versuchen auf Abbau der Einrichtungen, die in der Nachkriegszeit entweder erst geschaffen oder erheblich ausgebaut worden sind und die der wirtschaftlich schwächsten Bevölkerungsschicht Schutz bieten sollen gegenüber den Machtfaktoren im Wirtschaftsleben und in dem durch die Kriegsfolgen schwieriger gewordenen Kampf um Dasein.

Der Lohnabbau wird seit dem 14. September mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsstellen gefördert. Die

Arbeitslosigkeit ist erheblich größer geworden. Die Forderungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei auf

Verkirzung der Arbeitszeit durch Gesetz

stehen auf stärksten Widerstand.

Dagegen findet sich eine Mehrheit für die Forderung:

Abbau der Sozialpolitik und der Wohlfahrtspflege.

An die Stelle einer Politik, in der die Sorge um die wirtschaftlich Schwachen eine wesentliche Rolle spielt, ist eine Politik der Konzessionen an diejenigen Interessengruppen getreten, die aus der Not der Zeit Vorteile auf Kosten der großen Masse der auf Erwerbsarbeit angewiesenen Männer und Frauen für sich ziehen wollen. Die Verbitterung und Mutlosigkeit in der Arbeiterschaft, herbeigeführt durch die große Not und durch die von verantwortungslosen Personen und Parteien betriebene Verhetzung, bietet ihnen für ihre Absichten günstige Aussichten auf Erfolg.

Diesem Erfolg will die Sozialdemokratische Partei entgegenwirken durch die geplante Propaganda unter den Frauen, sich ihr anzuschließen und für ihre Aufgaben und Ziele zu werden und zu wirken.

Wenn die Gewerkschaften an ihre weiblichen Mitglieder und darüber hinaus an alle Arbeiterinnen den Appell richten, dem Verberuf der Sozialdemokratischen Partei Folge zu leisten, so tun sie es aus der Überzeugung heraus, die sich auf vieljährige Erfahrung stützt, daß die Arbeiterinneninteressen am besten von der Sozialdemokratischen Partei vertreten werden und ferner, weil ihre Absichten sich begegnen mit denen der Gewerkschaften. Ihr Ziel ist:

Bessere Lebensbedingungen für die wirtschaftlich Schwachen.

Mann und Frau in der gegenwärtigen Kulturkrise

Der Eintritt der Frau ins Erwerbsleben sah zunächst durchaus nicht nach Befreiung aus! Der Kampf nach Freiheit wurde durch den doppelten Beruf — Hausfrau und Arbeiterin — besonders erschwert. Dazu kam, daß sie sich unter den männlichen Berufskollegen keineswegs Zuneigung erwerben konnte, denn diese sahen in den Frauen vor allem eine Schmuckkonkurrenz, die für billigeres Geld dieselbe Arbeit verrichteten. Noch heute spielt ja dieses Argument eine Rolle; es gibt heute noch Leute, die sagen, daß die Arbeitslosigkeit nur durch die Frauenarbeit und die Doppelverdiener herbeigeführt worden sei. Die Gewerkschaften dagegen haben immer das Recht der Frau auf Arbeit anerkannt.

Tatsache ist es heute, daß die Frau sich in vielen Erwerbszweigen durchgesetzt hat und nicht mehr tausend aufsehen ist. Die befürchtete Zerstörung des Familienlebens ist, wie schon Bebel vorausahnte, eingetreten. Man kann darüber weinen und klagen, aber es ist so. Wie sonst auch in der Geschichte gibt es hier kein Zurück, nur ein Vorwärts. Man kann nicht einen vergangenen Zustand wieder hervozubern, sondern muß auf Grund der neuen Verhältnisse neue Formen und Wege für das Zusammenleben der Geschlechter finden. Die Aussprachen über Sexualität, Familien-, Kinder- und Ehefragen haben erst in jüngster Zeit begonnen, sie konnten erst beginnen, als bereits das Leben selbst verschiedenes Neue gestaltet hatte.

Drei Hauptfragen haben sich mit der Zeit herausgestellt: eines der wesentlichen Bindglieder, durch die die Frau an Haus und Hof gebunden war, ist die Verkopplung von Sexualität und Mütterlichkeit und damit im Zusammenhang die Achtung der außerheiligen Mutterchaft einerseits und die Achtung des nicht der Fortpflanzung dienenden Geschlechtsverkehrs für die Frau auf der anderen Seite. Diese Schranken zwangen die Frau geradezu eine Ehe einzugehen, wenn sie nicht an ihren natürlichen Trieben zugrunde gehen wollte. Der Mann dagegen hatte sich durch die „doppelte Moral“ ein Hintertürchen offen gelassen. Für die Frau galt es nun, sich von althergebrachten Ansichten frei zu machen und sich eine neue Sexualmoral zu schaffen.

Dies konnte logischerweise nur geschehen durch Trennung von Sexualität und Fortpflanzungsaktion auch bei der Frau. Damit wurde auch die doppelte Moral überhaupt beseitigt und der Geschlechtsverkehr für die Frau freigegeben, so wie es bei dem Manne schon immer war. Zugegeben muß werden, daß gerade um diese neue Einstellung noch gerungen wird und daß die Frauen selbst noch zögern, diesen Schritt zu tun, was ja nicht zu verwundern ist, denn eine jahrhundertlange Beugung läßt sich nicht auf einmal beseitigen, der Sklave stößt sich noch lange Zeit auch in der Freiheit als Sklave. Ferner spielt die Frage Beruf und Mutterchaft eine Rolle. Die Mutterchaft als alleiniger Beruf der Frau ging im Frühkapitalismus verloren. Die Frau mußte des Erwerbes wegen einen Beruf ergreifen und ihn ausfüllen. Das ist wieder eine der unumstößlichen Aufgaben. In ihrer beruflichen Tätigkeit hat die Frau gerade ihre innere Möglichkeit auch zu anderen Gemeinschaften entdeckt, ihr Berufsgesühl und das Zugehörigkeitsgefühl zur Masse ist bei ihr ganz anders entwickelt worden als beim Mann; die Frau ist von

Natur aus „gesellschaftlich“ veranlagter als der Mann. Drittens hat sich die Mutterchaftsleistung ihrem Wesen nach verändert. Die Familie als Zweck und Ziel ging ja verloren und die verantwortliche Fortpflanzung wurde zur Menschheitsleistung. Aus diesem Grunde ändert sich auch die Stellung von Mann und Frau zum Kinde.

Wo steht nun der Mann? Zunächst fehlt ihm der Vorzeig des Angriffs. Er muß gewissermaßen auf dem Rückzuge kämpfen. Ohne Zweifel gibt er „Rechte“ auf, aber es ist wohl unter Sozialisten eine feststehende Meinung: es sind ungerechte Rechte. Deshalb helfen ja auch wir sozialistischen Männer den Frauen im Befreiungskampf; wir sind die Kampfgesossen der Frauen gegen Muderung, gegen Reaktion, gegen Unterdrückung für die Freiheit der Frau in jeder Beziehung und für ihre Gleichberechtigung!

Außer uns gibt es aber noch einige andere Typen. Die einen stehen der gekennzeichneten Entwicklung vollkommen ahnungslos gegenüber, die anderen wissen zwar, daß etwas „vor sich geht“, sie können es nicht verhindern und schimpfen nur so drauflos. Sie sehen in der Emanzipation der Frau eine Folge sozialistischer Verblendung, die neue Sexual Einstellung ist für sie die größte Sittlosigkeit. Der Trost dieser Leute ist es, daß es einmal wieder anders wird, vielleicht im „Dritten Reich“. Über diese Männer ist nicht viel zu reden!

Außerdem gibt es aber noch Männer, die nicht nur den Frauen helfend zur Seite stehen, sondern die auch männlicherseits an sich selbst arbeiten wollen. Denn man muß sich klar darüber sein, daß die neue Frau auch einen neuen Mann fordert. Gehen wir in uns, wir werden vieles finden, was sich nicht mit der sozialistischen Weltanschauung im allgemeinen und mit unserer Anschauung in bezug auf Ehe, Frau und Familie vertragen kann. Der Angelpunkt zu neuer Lebens- und Gemeinschaftsgestaltung liegt in der Erkenntnis von der Gleichartigkeit von Mann und Frau, von der Gleichartigkeit des Erlebens sachlicher und sozialer Umwelt. Hier liegt die Quelle wirklichen gegenseitigen Verstehens als Grundlage einer Gemeinschaft, die bei aller erdlichen individuellen Verschiedenheit die neuen Menschheitskräfte weckt, die vielleicht dazu imstande sind, Mann und Frau aus der Kulturkrise der Gegenwart herauszuführen. Die Mutterchaft ist nicht mehr das Zentralereignis der Frau, mit dem Mann steht sie heute im sozialen Leben, sie schaffen gemeinsam menschenverbindende, zukunftsverheißende Werte. Diese gemeinsame Arbeit bewirkt eine wirtschaftlich stärker fühlbare Verantwortung für das gezeugte Kind, sowohl des Mannes als der Frau. Im Leben des Mannes wird dann die Vaterchaft eine größere Rolle spielen als bisher. In diese Richtung zielt auch die geforderte Geburtenkontrolle. Alles läuft auf das Endziel hinaus: Mehr Verantwortung der Gesellschaft gegenüber, der Nachwelt und der Menschheit überhaupt. Das Kind als Fortsetzung des eigenen Lebens der Eltern, als Mitglied der immerwährenden menschlichen Gesellschaft ist der Mittelpunkt der neuen Liebesgemeinschaft.

Walter Pitt, Berlin.

Handbemerkungen zur Politik

Der Anfang vom Ende?

Schon seit einigen Wochen kann man Zeichen der Zerlegung bei den Nazis feststellen. Sie haben das Warten nicht vertragen. Der Aufbruchzustand nach dem Wahlerfolg ist vorüber. Ernüchterung ist aber der Tod der Nazis.

Nach dem 14. September ging der Einfluß der Nazis bis tief in die bürgerlichen Parteien hinein. Die Stoßkraft der Bewegung war zweifellos groß. Es ist eine alte Erfahrung, daß Volksschichten, die erst aus dem Indifferentismus erweckt werden, wie es die Nazis fertig brachten, zunächst sehr aktiv sind, aber ebenso rasch wieder abtreten. Die Nazis haben die Stoßkraft ihres Uberschuldungserfolges nicht ausgenutzt. Sie sind unter sehr ungünstigen Umständen in die Verteidigung gedrängt worden.

Die Hakenkreuzler waren größenwahnsinnig geworden und glaubten, die Macht allein an sich reißen zu können. Der Weg ins „Dritte Reich“ sollte über die Leiche des „verfaulenden Bürgertums“ gehen. Dieses Bürgertum war auch in der ersten Zeit zu den weitgehendsten Zugeständnissen bereit. Nur die Maßlosigkeit der Nazis und die nachgiebige Taktik der Sozialdemokratie hat verhindert, daß eine Regierung unter dem entscheidenden Einfluß Hitlers zustande kam. Inzwischen ist das Bürgertum aus seiner Nazi-Psychose erwacht. Erst schwenkte das Zentrum um, nun kommt die Volkspartei nach. Nur die Deutschnationalen laufen noch am Gängelbande Hitlers.

Hand in Hand mit der Verschlechterung der äußeren Beziehungen der Nazis zu den anderen Parteien geht die innere Zerlegung. In der aufgeschwemmten Partei kämpft ein legaler Flügel gegen einen illegalen Flügel. Der Auszug aus dem Reichstag war ein Sieg des illegalen Flügels. Es reichte allerdings nur zum Auszug, sonst geschah weiter nichts. Das war wieder ein Sieg des legalen Flügels. Hinter den Illegalen steht nicht nur der Kern der Kampftropfen, sondern auch der Kern desjenigen Teiles der Nazis, die es mit dem Sozialismus ehrlich meinen, wenn sie auch nicht über sehr viel Geisteskräfte verfügen.

Der Sturz Strids und die Absehung des Führers der Berliner SA., Stennes, durch Hitler sind zwei schwere Schläge für die Nazis. Hitler hat sich persönlich die größte Mühe gegeben, den Streit zwischen Volkspartei und Nazis in Thüringen zu schlichten. Als die Nazis merkten, daß es mit der Schmutz allein nicht ging, machten sie auch Zugeständnisse. Trotz dieser Demütigung lehnte die Volkspartei ab. Der Spieß hat sich umgedreht.

Die Spannungen innerhalb der Partei sind so groß, daß bereits mit einer Spaltung gerechnet werden muß. Der legale Flügel um Hitler macht sich „regierungsfromm“. In einem vertraulichen Schreiben an die Mitglieder des Reichsausschusses der NSDAP, erklärt Hitler, daß in der nächsten Zeit die letzte Gelegenheit für ihn komme, auf legal parlamentarischen Wege zur Macht zu gelangen. Werde diese Gelegenheit verpaßt, dann wisse man nicht, ob die Stunde für die NSDAP überhaupt noch einmal schlagen werde. Um das Ziel einer Rechtskoalition zu erreichen, müsse er um jeden Preis die Partei entrevolutionarisieren und entsozialisieren. Dabei müsse in Berlin, dessen Radikalismus der Partei bereits unzähligen Schaden zugefügt habe, ein entscheidender Wechsel eintreten: außer Stennes müsse auch Göttsels das Feld räumen.

Die Nach-Sozialisten

Der Übertritt Scheringers hat dem „Wölfischen Beobachter“ ein weinerliches Geständnis abgepreßt. Wir lesen in der Nummer vom 24. März:

„Beseitigung des kapitalistischen Systems! Das ist seit Jahrzehnten und noch länger nicht viel mehr wie ein Schlagwort. Ein junger Soldat, der seit einem Jahre Politik treibt, kann das nicht wissen, oder wenn er es weiß, dann will er es nicht glauben. Eben deshalb proklamiert er es um so lauter. Was praktisch dabei herauskommt, das muß er erst noch kennenlernen.“

Trotz solcher und ähnlicher Eingeständnisse, die sich in der letzten Zeit häufen, prangen die Nationalsozialisten noch in der vollen Länge ihres Namens. Es kann nicht mehr lange dauern, bis große Teile der Nazinachzügler, die es ehrlich meinen, diesen Weimarer-Sozialismus der Hakenkreuzler durchlaufen.

Etwas neu.

Die preußische deutschnationalen Landtagsfraktion bittet in einem Schreiben Severing, die Rechte des preußischen Landtages zu wahren“ und fordert, daß die Notverordnungen beschleunigt wieder aufgehoben werden.“

Zugenberg's Gefolgsmänner hätten sich besser an Hindenburg gewandt, der ja schließlich auf die Notverordnung mehr Einfluß hat, wie Severing. Außerdem haben sie Hindenburg selbst gewählt, was ihnen bestimmt leid tut. Von Severing kann der Stahlhelm nicht gut verlangen, daß er ihm hilft. Er wird allerdings die Rechte des preußischen Landes wahren“ wenn der Stahlhelm versuchen sollte, sein Volksbegehren gegen Severing „im Bösen“ durchzuführen.

Der weiße Kuli

Reiseindrücke eines Aufwärtlers auf einem deutschen Afrika-Dampfer.
Von Frik Hed.

Copyright durch: Verlag „Das neue Gesicht“, Frankfurt am Main 3.

Unberechtigter Nachdruck (auch auszugsweise) verboten!
(Vorbehalten.)

Kurz wird auf der Weiterfahrt Tanger in Marokko berührt. — Haben der französischen Fremdenlegation, in der auch so mancher deutsche Junge seine geliebten Knochen zu Markte trägt. Eine für afrikanische Verhältnisse große und schöne Stadt bezüglich des Allgemeinbildes. (Man sollte nicht glauben, daß die Hölle derartig hübsche Tore hat.)

Und nun geht die Fahrt in unentwegtem Kurs auf Loanda zu, im Staate Angola, einer portugiesischen Kolonie. 11 Tage nur Wasser und Himmel — und Himmel und Wasser. Selten mal, daß sich eine Wölve zu uns verirrt. Die einzige Abwechslung bieten die Herden von Schweinsfischen, Delfinen, Timmler usw. Hin und wieder zeigt sich in gewisser Entfernung vom Schiff auch mal ein Walfisch.

Sehr bald macht sich die Hitze bemerkbar. Sentrecht steht die Sonne am Mittag über dem Kopfe. Die Schiffswände werden ausgeglüht — innerschiffs herrscht eine grauenhafte Temperatur, die das Atmen zur Qual macht und den Aufenthalt zur Unmöglichkeit. Dankbar ist man, wenn eine ganz winzige Brise etwas Bewegung in diese Badofentemperatur bringt. Auf alle mögliche Art und Weise verluft man sich zu erfrischen. Eimerweise trinkt man Eiswasser. Aber diese übermäßige Aufnahme von Flüssigkeit hat naturgemäß eine gesteigerte Transpiration zur Folge und diese wieder eine größere Erschlaffung und Verminderung der Widerstandsfähigkeit gegen größere körperliche Leistungen. So ist es dann gegeben, die Flüssigkeitsaufnahme auf ein Minimum zu beschränken. Jede freie Minute nimmt man wahr, um ein Bad zu nehmen. Der Mannschaft steht natürlich nur Seewasser zur Verfügung. Jedoch ist das in diesem Falle unweilend, da das Süßwasser relativ noch eine höhere Temperatur hat als das Seewasser. Das eine wie das andere ist also für die Erfrischung nur sehr unvollkommen geeignet.

Zumeist wird in den Tropen an Deck geschlafen. Mannschaften, Passagiere, alles durcheinander. So romantisch vielleicht auch dieses bunte „Nachtlager von Granada“ sein mag, so bringt es doch so viele Unannehmlichkeiten mit sich, daß es verschiedentlich immer noch angenehmer ist, nachts nackt in den Kojen unter Deck zu schlafen. Natürlich liegt man morgens auf schweißdurchtränkter Matratze — auf dem Körper steht der Schweiß, und unablässig tropft es von den Fingern, wenn man die Hand seitwärts aus der Kojen hängen läßt.

Bei dieser Tag und Nacht überdauernden Transpiration, die für uns Europäer immerhin übermäßig ist und unseren Organismus außergergewöhnlich strapaziert, bleibt es natürlich nicht aus, daß die schwerarbeitende Mannschaft in hohem Grade mitgenommen wird. Vor der Kesseln wird alle Augenblicke einer ohnmächtig. Auch beim Richtigpersonal kommt es nicht selten vor, daß der eine oder andere mal umkippt. Einen Kognak, einen Eimer Wasser über den Kopf — eine Stunde Schonung — und schon geht es wieder lustig dabei. Zugegeben werden muß allerdings, daß die Leute selbst sich auch wenig schonen. Da kommen sie manchmal von oben aus einer Temperatur von 45 Grad Celsius, sind nach geschwitz, rennen möglichst noch die Treppe herunter und dann gleich ohne Jacke oder Schutzkleidung hinein in die Kühlräume. (Die Kühlräume haben eine Temperatur von 6 Grad Celsius minus — das wäre also eine Temperaturspanne von etwa 50 Grad Celsius.) Daß das ein Organismus nicht aushalten kann, ist selbstverständlich. Gewöhnlich gibt es dann auch Ohnmachtsanfälle, der eine oder andere holt sich auch mal einen Lungenknacks fürs ganze Leben.

Es ist zu verstehen, daß alle diese Umstände: grenzenlose Meeresinamkeit, Eintönigkeit, Hitze, ununterbrochene Arbeit unter den schwierigsten Verhältnissen, dann schließlich auch noch Ärger und Differenzen mit Vorgesetzten oder Kollegen einen Menschen berart überzeuigen, daß er einen unbekämpfbarsten Abscheu vor dem Leben bekommt. Kommt dann noch hinzu, daß er vielleicht an und für sich krankhaft empfänglich, d. h. nervös oder seelisch krank ist, so ist nur noch nötig, daß er sich in irgendeiner Art getränkt fühlt (Recht bekommt er auf dem Schiffe als Untergebener kaum), und der Mann ist so weit, daß er über die Bord „jumpt“ — wie man sich etwas vulgär in der Seemannsprache ausdrückt.

Es war am vierten Tage unseres 14tägigen Turnus, als am Frühnachmittag die Nachfrist sich an Bord verdrreite: der erste Konditor (kurzweg „Süß“ genannt) ist „Uhen-borbs“ gegangen. Die offizielle Stelle hat sich veranlagt, das ganze Schiff zum Kohlenbunker bis zum Spornende durchsuchen zu lassen, ebenfalls vom Vordersteven bis zum Heck. „Süß“ blieb verschwunden. Da mittlerweile eine Stunde verstrichen war vom mutmaßlichen Zeitpunkt des Selbstmordes bis zum negativen Ergebnis des Suchens, so war man gezwungen, „beizubreden“, um sich suchend wieder der Stelle zu nähern, wo sich vermutlich der Selbstmord zugetragen hatte. Na ja, der Kapitän tat eben seine Pflicht. Es war mehr eine Pro-forma-Sache, denn, daß der Mann noch lebte, war ziemlich ausgeschlossen — und einen toten Mann aus dem Wasser zu ziehen, um ihn ein paar Stunden, später wieder hineinzufersenden, das ist meinem Empfinden nach etwas grotesk. Von wegen Ehre, ehrliches Begräbnis usw., wie es die Bestimmung vorschreibt, hätte man sich sparen können, wenn man dem Toten zu Lebzeiten etwas mehr Daseinsberechtigung hätte zukommen lassen. Statt dessen aber wurde er vom „Cheff“ in der lauffähigen Art fortbewahrt angepöbelt — wobei zu bemerken ist, daß „Süß“ ein tüchtiger Arbeiter war und seine Sache verstand. Er arbeitete sogar mehr, als er verdientet war, und das ist bekanntlich eine nicht sehr dankbare Angelegenheit.

Wie „nahe“ übrigens den Passagieren diese Selbstmordangelegenheit ging, erhellt die Äußerung einer jungen Dame über den Fall: „Wie schade, daß wir jetzt auf das schöne Gewässer verzichteten müssen.“ Na ja, das war teils Geschlecht mit dem Gemüte eines robusten Pferdeshläfers.

A propos — die Ehrenbeugung bei Begräbnissen. Gewiß erscheint es, als würden dem Toten diese Ehren bezeugt. Man halte aber auseinander: „der Tote“ und „der Tod“. Der Tote ist in diesem Fall zu Lebzeiten nichts anderes als im Tode: Proletarier, und findet als Proletarier genau

dieselbe negative Beachtung seitens der Belebenden — ob toter oder lebender Mann. Dieser Tote ist aber nicht allein der Proletarier Soudio, sondern er ist, wie er sagt, das Symbol des Todes des Todes, vor dem alle zittern, die da um die Leiche herumstehen und namentlich die, die etwas zu verlieren haben. Menschen oder Geld. (Für den Proletarier ist die Sache schon wichtiger, da er außer seinem Leben nichts zu verlieren hat — und das Leben eines Armen ist bekanntlich keinen Pappenstiel wert.) Und nun wollen wir kurz dem „weißen Kuli“ das Wort geben: zu einem Boen, das den Tod auf See zum Inhalt hat, n. z. erscheint der Tod hier in einer anderen Situation als die eben beschriebene:

Tod zur See.

Es schwebt wohl über die Wasserfläche ein dunkler Schatten heran.
Ein Nachen ist's — und mit erhobener Spitze steht drinnen ein Mann. —
Eine Knochengestalt —
Klappernd Gebein —
Kledende Zähne
Er ist's! — Freund Hein —
Neugierig scheint der Mond über die Wolkwand —
Drohend hebt jener die Knochenhand —
Ergrüht verschwindet das Mondsgesicht —
Es liebt die Spultgestalten nicht. —
Stolz drängt das Schiff sich durch die Wogen,
Schwere Wölven über den Himmel zogen.
Sie zogen heran und sie zogen fort —
Der Knochenmann schwang sich an Bord!
Ein Gest ist dort auf dem Oberdeck.
Wußt, sie singt, und Lachen klingt von lebensfreudigen Menschen —
Und in dieser tanzen Menge Mitte
da drängt mit unhörbarem Schritte
er sich — der Tod —
Legt lächelnd die eiskalte Hand
auf irgendein festlich Gewand —
Schreiend greift dort sich ein Mensch zum Herzen —
Im Hintergrunde verlöschen die Kerzen —
Aus ist das Lied —
Die Freude ist fort —
und dort — an dem äußeren Vorderstrand —
hüft vorüber eine Knochenhand. —
(Fortsetzung folgt.)

Klassenkampf ist Schöpferfreude

Nur dann kann Neues und Besseres werden, wenn der Mensch das Alte als Schlechtes erkennt und bekämpft. Wie soll die Liebe zum Guten sich äußern“, fragt Hebbel, „wenn nicht im Haß gegen das Schlechte.“ Der Haß gegen das Schlechte ist eine sittliche Pflicht, die der Mensch zum Neuen hat. Und darum heißt es, das Leben mit offenen Augen betrachten und das Böse fassen, wo es sich zeigt.

Und es zeigt sich ja gerade heute in solcher Fülle, in solcher Rohheit und Grausamkeit. Über Leichen geht die Wirtschaftsordnung des Kapitalismus. Wieviel ist da im edlen Sinne Hebbels zu haßen!

Es ist kaum begrifflich, daß es dennoch schaffende Menschen gibt, die diese soziale Rohheit des Lebens an eigenen Leibe verspüren, fähig, und doch nicht die Spur dieses sittlichen Haßes gegen das Schlechte verspüren. Da kann auch keine Liebe zum Guten, zum großen Neuen sein.

Dennoch sind sie alle berufen, teilzunehmen an dem großen Befreiungskampfe des schaffenden Volkes. Die Augen für das Schlechte öffnen, zum bewußten Erlebnis der Not und zum klaren Erkennen des eigenen Leides! Das ist die Voraussetzung zur Gestaltung des neuen besseren Seins.

Wer den Klassenkampf nur als zerkleinernd betrachtet, der sieht ihn in seiner letzten Bedeutung nicht. So wie sich nur im Haß gegen das Schlechte nach Hebbels Wort die Liebe zum Guten äußern kann, so können auch nur aus dem bewußten Klassenkampf die Schöpferwerke wachsen, die zum Gestalten des Neuen imstande sind.

Nur wer in der Tiefe seiner Seele ausgerüttelt wird von dem Unrecht, legt in sich den Keim für das Neue frei. Nur wenn es im Menschen lobert, kann sein Herz glücken. Nur der, den das Leben so ganz erfüllt, bietet ihm auch ganz die Stirn.

Daß die Bewegungen der Schaffenden den Klassenkampf von vornherein als Weg zum Ziel gewissten, das gab ihr die willensbe Kraft. Das wachte in ihr die Leidenschaft, von Grund auf Neues zu verlangen und zu suchen nach völlig neuen Sinnen des Zusammenlebens.

Es mag greulich klingen und manchmal ungemächlich sein: nur im bewußten Kampfe der Klasse ruhen die Schöpferwerke des Neuen. Nur wer erwacht ist zum Erleben seiner Klasse, trägt die Freiheit einer neuen Welt. (S. 5.)

Dem „Wahren Jakob“

der seit Nr. 7 in technisch verworkommtem Gewand erscheint, entnehmen wir folgende Sätze:

Ein bebauerlicher Fall von Geisteserkrankung hat sich im Kolleg des Rassenforschers Professor Günther zugetragen. Ein Student ließ im Hörsaal deutliche Anzeichen von Verfolgungswahn erkennen. Er bildete sich ein, es sähe jemand hinter ihm. Der Anglistische wurde zu ärztlicher Beobachtung der Landesirrenanstalt überwiesen.

Mit dem Dritten Reich ist das so eine Sache. Stieg da neulich auf dem Münchener Hauptbahnhof ein Zemand um, hatte es eilig, nahm sich einen Gepäckträger und bot diesen, der mit bayrischer Kuh an sein Gesicht ging, sich etwas zu befeilen. „Han?“ erwiderte der Mann. „Ah, Sie warten S nur, bis s Dritte Reich timmt! Da werden S nimmer so geschwollen daherreden!“ Und warf die Koffer ins Gedächtnis. Gleich darauf hielt ihn ein anderer Keffender an, er möge ihm die Koffer ins Hotel X. schaffen. „Naa“, sagte unser Gepäckträger, daß geht jetzt net, i hab jetzt Klotzzeit, gehn S zu mein'm Kollegen da!“ In das war erwiderte der Keffende: „Er erwiderte ngrammig: „Naa, wartet man, ihr faule Jellschafft, im Dritten Reich wird man euch schon Beene machen!“

Hitler speitete neulich bei einem jüdischen Landdirektor. Derwurfsvoll wurde von einem Anhänger gefragt: „Wie konnten Sie nur? Er ist doch beschnuten!“ Darauf der groß: Adoff: „Er ja — aber sein Geld nicht!“

Zahlstellenleiterkonferenz in Köln

Der Gau I Rheinland-Westfalen hielt am 29. März dieses Jahres im kleinen Volkshaus in Köln eine Konferenz der Zahlstellenleiter ab, deren Aufgabe es war, die tarifliche Lage, die Agitation in den Zahlstellen und die Schulung der Mitglieder zu beraten; außerdem wurden Anträge zum Verbandstag gestellt und die Kandidatenliste der Verbandstagsdelegierten nominiert.

Die Anwesenheitsliste wies 67 Teilnehmer auf. Außer Wejel waren alle Zahlstellen vertreten. Bonn, Duisburg, Jülich, Lüdenfelden und Oberhausen hatten über die ihnen gemäß Statut zustehende Delegiertenzahl hinaus an eigene Kosten noch Vorstandsmitglieder als Gäste mitgebracht. Der Gauvorsitz hatte diesmal auch den Einzelschleifern Delegierten zugewandt. Diese Maßnahme wurde von unseren kleinsten Druckereizweig begrüßt, nur Buer in Westfalen, Cleve, Herne und Oberstein machten von dem Entgegenkommen keinen Gebrauch. — Der Verbandsvorstand war durch Kollegen P u c h e r vertreten, der Ortsausschuß Köln des DGB, durch seinen Sekretär K r e i b o h m. Als Gäste unserer Bruderorganisationen nahmen teil: Gauassessor M ö l l e r für die Buchdrucker, Gauleiter F e i s i für die Steinbrücker, Gauleiter J r e g e r für die Buchbinder. — Der Senior der Kölner Zahlstelle, Gauvorstandsmitglied F r i t z K r e n d s, konnte wegen Krankheit nicht erscheinen und hatte deshalb der Konferenz schriftlich seinen Erfolg gewünscht.

Die Tagesordnung lautete:

1. Tarifliche und organisatorische Tagesfragen im Gau;
2. Beschlusfassung über gemeinsame Anträge zum 10. Verbandstag in Stuttgart;
3. Stellungnahme zur Delegiertenwahl zum Verbandstag;
4. Verschiedenes.

Der Konferenzleiter Kollege H e i l m a n n beauftragte in etwa einstündigen Ausführungen die schon vielfach in Versammlungsberichten wiedergegebene lohnpolitische Lage im allgemeinen und der des Gewerbes im besonderen, erinnerte an die bisherigen vielfachen Abwehrmaßnahmen beim Abbau über tariflicher Löhne und die Befolgung der herausgegebenen Richtlinien bei erneuten Kleinkriegsaktionen der Unternehmer. Der Forderung einzelner kurzfristiger Mitglieder, „die Schlichtungsordnung oder gar die Tarife über Bord zu werfen“, trat er mit Entschiedenheit entgegen, da solche Kollegen in ihrer Unwissenheit nur dem Unternehmertum Vorwanddienste leisteten. Sodann berichtete er über den Neuabschluss der Orts- bzw. Bezirkslohntarife in Barmen, Berleburg, Iserlohn, Köln und im niederrheinischen Steinbrudgebiet. Die Abschlässe kamen reichens erst nach tagelanger Verhandlung auf dem Wege der Vereinbarung zustande. Am Niederrhein beträgt der Lohnabzug 3,3 Prozent, sonst allgemein 6 Prozent. — Die Mitgliederbewegung und die Agitation in den Zahlstellen erläuterte der Referent an Hand vorliegender statistischer Materials. Der Stilllegung mehrerer mittlerer Betriebe und dem damit verbundenen Mitgliederrückgang strebe der Aufstieg verschiedener Zahlstellen gegenüber. Bei der Agitation könne sich nicht nur auf die Gehilfen verlassen werden, sondern durch Schulung unserer eigenen Mitglieder, besonders der Funktionäre, müßten wir uns überall selber zu helfen versuchen. Die Bundeskassette in Bernau, unsere eigenen Kurse in Düsseldorf, Essen, Köln und Wuppertal dürften den Teilnehmern u. a. auch einige wertvolle Aufschlüsse über diese Art der Tätigkeit gegeben haben.

In der Aussprache schilderte Kollege M e y, D ü s s e l d o r f zunächst den Streit bei der Firma Bagel, Düsseldorf, dessen unerquicklicher Ausgang auf unüberlegte Maßnahmen der Belegschaft zurückzuführen sei, des weiteren beschäftigte er sich mit der Agitation in Werksversammlungen und der Steigerung des Versammlungsbesuches durch anschließende Familienunterhaltungen. — Kollege H e i l, F r i e r, gab seinem Fremden Ausdruck, daß der allgemeine Lohnabbau so ruhig von der Arbeiterschaft hingenommen worden, während von dem versprochenen Preisabbau nichts zu spüren sei. Er verlangte weiterhin Richtlinien für die etwaigen Kämpfe im August. — Kollege K a m u j a t, S o l i n g e n, wies seinem Vordränger nach, daß Wirtschaftsverhältnisse und Lohnfestsetzung nicht getrennt voneinander betrachtet und behandelt werden könnten, außerdem beklagte er sich über die Zurückhaltung der Solinger Er-Industriegehilfen bei der Agitation unter dem Hilfspersonal.

Hierauf nahm Verbandsvorsitzender P u c h e r das Wort. Seine Ausführungen fanden die größte Aufmerksamkeit. Zunächst übermittelte er die Grüße des Verbandsvorstandes und gab seiner Freude Ausdruck über die stattliche Zahl der Delegierten, die heute den Gau I verlorpernten. Mit schicklichem Interesse habe der Verbandsvorstand stets die Entwicklung des Gauwes verfolgt, was früher kaum glaublich sei zur Zeit geworden. So man beken mte er (man ist verunst zu sagen, wie

mit einem Scheinwerfer) die jüngsten Vorgänge auf dem lohnpolitischen Gebiete, zunächst im allgemeinen und dann von unserem Hilfsarbeiterstandpunkte aus. Irig lie die Auffassung, daß wir bei der letzten Bewegung eine Schlappe erlitten hätten. Was anderen Berufen abzuwehren nicht möglich gewesen sei, hätte auch bei uns nicht erreicht werden können. Trotz allem könnten wir stolz darauf sein, und es sei der Ausdruck unserer Stärke, daß wir uns mit unseren Lohn- und Arbeitsbedingungen hinter anderen Berufen nicht zu verstecken brauchen. Der Lohnabbau kann sich nicht zum Schaden für die Kollegenschaft auswirken, wenn er Antriebskraft zur Besserung auslöst. Den Allesbesserwärtigen könnte aber nicht gefolgt werden, die die Schlichtungsordnung und sogar den Tarif befeitigt wissen wollen, weil sich ein Schlichtungsgang mal gegen uns ausgewirkt habe, und auch diejenigen seien falsch beraten, die in allen Fällen immer nur das letzte gewerkschaftliche Mittel angewandt wissen wollen, weil wir damit den Unternehmern nur die Möglichkeit zur Beteiligung der verfaßten Tarifverträge brächten. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit führte Redner überzeugend nicht nur auf die Wirtschaftskrise zurück, wie die Unternehmer es heute darzustellen liebten, sondern vornehmlich auf die Überforderung der technischen Entwicklung. — Was im August geschehen solle, könne heute noch nicht gesagt werden. Die Kollegenschaft kennt ihre Führer und die Kampfmethoden, das müßte zur Zeit genügen. Starker Beifall lohnte den Redner für seine klaren Ausführungen.

Nach einigen Klar- und Richtigstellungen, die u. a. auch die AGD-Mitglieder betrafen, für die in unseren Reihen kein Platz ist, wurde Punkt 1 der Tagesordnung abgeschlossen.

In der K a c h m i t t a g s s i t z u n g gab Kollege Heilmann zunächst diejenigen Zahlstellenassessor befand, die trotz fortgesetzter Ermahnungen immer wieder die Einsetzung der grauen statistischen Karten an den Verbandsvorstand unterließen. Den traurigsten Rekord auf diesem Gebiete haben die Zahlstellen Krsberg, Iserlohn, Solingen und Wejel gehalten, die alle mehr als ein Jahr nicht berichtet haben.

Zur „Beratung und Beschlusfassung der gemeinsamen Anträge zum Verbandstage“ nahm zunächst einleitend Kollege P u c h e r das Wort, die Entwicklung unserer Unterstützungseinrichtungen von 1925 ab schildernd und deren Auswirkungen darlegend; er warnte vor überspannten Hoffnungen.

Dem Gauvorsitzende waren insgesamt 46 Abänderungsanträge zum Verbandsstatut bzw. zur Tarifrevision u. a. zugehängelt. In Meßt als dreistündiger erster Beratung wurden die vom Gauvorsitz vorgelegten Anträge in fast allen Fällen einstimmig angenommen; nur zum § 11, neue Ziffer 1, ergab sich bei der Abstimmung eine kleine Minderheit. Diese Einmütigkeit der Konferenz war auf die anerkannte Tatsache zurückzuführen, daß alle Diskussionsredner sich der größten Sachlichkeit befleißigten und jeder Beratungsgegenstand getragen war von kollegialem Geiste, zum Besten für die Kollegenschaft; nicht zuletzt wirkte auch das mehrfache Eingreifen des Kollegen P u c h e r aufführend und überzeugend.

Der dritte Punkt der Tagesordnung fand einstimmige Erledigung durch einen Antrag des Gauvorsitzes, wonach die 12 größten Zahlstellen je einen Kandidaten zum Verbandstage bestellen. Die Wahlvorschlagsliste ist in alphabetischer Reihenfolge der Zahlstellen aufzustellen, hinter dem Namen der Kandidaten ist dessen Berufsgruppe — Buchdruck oder Steindruck — anzugeben. Diesen je sechs Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten, sind gewählt.

Unter „Verschiedenes“ gab der Kassierer, Kollege S c h a e f f e r, K ö l n, Auskunft und Aufklärung über eine Reihe fassen- und verwaltungstechnischer Fragen, die er dringender Beachtung allen Ortsassessoren empfahl. Mit Dankesworten für die geleistete sachliche Arbeit aller Konferenzteilnehmer und der Aufforderung, mit neuen Erfahrungen und neuem Mut in allen Zahlstellen weiter tatkräftig zu wirken, wurde die Tagung mit einem kräftigen Hoch auf unseren Verband geschlossen.

Aus den Zahlstellen

Breslau. Am 21. März hielt die hiesige Zahlstelle im Gewerkschaftshaus eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Der erste Vorsitzende, Kollege Malitzky, berichtete über die Lage im Buchdruck am Ort. Bei den in Breslau stattgehabten Verhandlungen mit den hiesigen Prinzipalen über die uns auferlegten Lohnkürzungen und über die von uns eingereichten Forderungen konnte ohne weiteres festgestellt werden, daß des öfteren die Einkünfte der Unternehmerrschaft ins Wanken kam. Betreffs der Kürzungen mußte das Tarifschiedsamt eingreifen. Wenn schon die Verhandlungen an dem prozentualen Lohnabbau keine Änderung herbeiführen konnten, so haben diese doch einen Erfolg zeitigt insofern, daß bis Ende der Dauer des Lohnarits die über tariflichen Zulagen bestehen bleiben. In der Frage der Arbeitszeitverkürzung war man sich erfreulichweise dahin einig, daß demnach dort etwas zur Besserung der großen Arbeitslosigkeit getan werden müßte. Ferner hat es die Breslauer graphische Kollegenchaft auf diesem Wege erwirkt, daß der Lohnabzug für die erste Lohnwoche von den

Prinzipalen der Gewerkschaft übermittelte wird zwecks Auszahlung für langfristige erwerbslose Kollegen und Kolleginnen. In mehreren Betrieben sind Vorkasse mit Erfolg durchgeführt worden. In der „Volkswacht“ und „Bergwacht“ ist eine Arbeitszeitverkürzung bereits erfolgt. Alsdann berichtete Redner über den Streit in Königsberg und Berlin. Längere Zeit befaßte sich die Versammlung mit der Stellungnahme zu den Anträgen zur Statutenänderung am Verbandstag. Zum Schluß gab Kollege Malitzky Bericht über die stattgehabte Kartellisierung. In 16 417 Fällen ist im verfloffenen Jahr das Arbeitersekretariat in Anpruch genommen worden. Die Prinzipale hegen den Wunsch, die Freiheit der Buchdrucker auf 4½ bis 5 Jahre auszuweiten und Bezahlung erst im Alter von 17 Jahren einzustellen. In der Bibliothek sind 3700 Leser zu verzeichnen. Infolge des herabgesetzten Kassenbestandes ist eine Erhöhung des Kartellbeitrages beschlossen worden. Allein in Breslau sind 140 000 Unterstützungsberechtigte zu verzeichnen. — Unter Punkt Verschiedenes wünschte unser Vorsitzender Berichtserstattung über die Ergebnisse der Betriebsratswahlen. Infolge der Veränderung der Löhne empfahl er, den Verbandsbeitrag in aller Höhe weiterzuführen im Interesse jedes einzelnen. Wie alle Jahre, so wird auch in diesem Jahr der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert. Es finden Demonstrationen und Veranstaltungen statt. Mit dem Erlauchen, selbst an der Maifeier teilzunehmen, wurde die Versammlung geschlossen.

Freiburg i. Br. Am 16. März fand im Gewerkschaftshaus unsere gutbesuchte Generalversammlung statt. Eingangs der Tagesordnung gab man zwei junger Mitglieder, die der Tod uns entriß. Unter Punkt Mitteilungen wurde auch ein Betrieb angeführt, wo jüngeren Kollegen der Tariflohn nicht bezahlt wurde, der Prinzipal war auch hier gleich bei der Hand, die Prop. noch abzuwarten. Also auf der einen Seite wollen sie keinen Tarif kennen, gibt es durch den Tarif Abzug, gleich ist die Sache. Auch wurde in diesem Jahre dafür Sorge getragen, daß in jedem größeren Betrieb eine Vertretung der Hilfsarbeiter im Betriebsrat ist. Der Geschäftsbericht des Kollegen Stiefel zeigte, daß eine Fülle von Arbeit zu erledigen war. Den Kassenbericht gab Kollege Reiter. Einnahmen hatten wir 5 666,20 M.; Ausgaben für Arbeitslohn 925,65 M., für Krante 531,60 M., für besondere Postfälle 104,30 M., Einnahmen Zuvalidentafel: 818,10 M., Ausgaben Zuvalidentafel: keine. Die Wahl zeigte, daß man im allgemeinen mit dem alten Vorstand zufrieden war. Es wurden gewählt: Stiefel, 1. Vorsitzender; Kammstein, Otto, 2. Vorsitzender; Reiter, Kassierer. Der Vorsitzende konnte auch den Gehilfenvorsitzenden in unserer Mitte noch begrüßen. Ein Antrag, daß die Ortsklasse nach Freiburg kommen soll, wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

Gera. Zwei Versammlungen fanden in kurzer Zeit statt, und zwar am 21. Februar und am 25. März. In der ersteren konnte Vorsitzender W. Ranke unseren Gauleiter, Kollegen Wambacher (Erfurt), willkommen heißen. Nach Hinweis auf die kommenden Betriebsratswahlen, Lohnsteuer-Erstattungsanträge bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit, brachte Kollege Ranke die eingegangenen Zirkulare des Gauvorsitzes zum Kenntnis. Sodann berichtete Kollege Wambacher über die stattgefundene Gauleiterkonferenz, die sich im besonderen mit den Lohnabnahmemaßnahmen bzw. mit dem gefällten Schiedspruch befaßten mußte. Eine Aussprache über die etwa einleitenden Ausführungen fand nicht statt. Bei der Wahl des Schriftführers wurde Kollege Weinhardt gewählt. Zwei weitere Tagesordnungspunkte wurden zurückgestellt, so daß denn zum gewöhnlichen Teil übergehenden werden konnte. Mühseliche Darstellungen zweier Muster und gefangliche und humoristische Vorträge des Soloquartetts der freien Sänger Gera-Süd boten in reicher Folge den Mitgliedern nebst Angehörigen schöne Stunden, so daß der Vorstand eine Verlängerung der Polizeistunde herbeiführte, bis zu welchem Zeitpunkt alle Anwesenden dann einhellig beizammen blieben. — In der Versammlung am 25. März konnte der Vorsitzende zwei neue Mitglieder begrüßen und besprach unter Punkt Mitteilungen eine Reihe Eingänge. Dann erstattete Kollege Mattheis den Bericht von den Ortsausführungen des DGB. Auf Erlauchen wurde dem Kreisverband Gera ein Beitrag zur Jugendweiche bewilligt. Als Kandidat für den Gauitag am 2. und 3. Mai in Pöpping wurde Vorsitzender W. Ranke als Delegierter und Kollege Louis Franz als Stellvertreter aufgestellt. Aus der Mitte der Versammlung wurde dann ein Antrag für den Gauitag gestellt, wonach der Gauitag bzw. der Verbandstag die Erhöhung der Zuvalidentafelbeschlüsse beschließen möchte. Als Kassenprüfer wurden die Kollegen Elli Weikner und Kollege Louis Franz gewählt. Dem Vorlande wurde dann noch aufgetragen, den Plan einer Autofahrt während des Sommers zu prüfen und auszuarbeiten. Zum Schluß bot dann Vorsitzender Ranke noch eine Reihe humorvoller Vorlesungen. Pflicht aller Mitglieder aber ist, künftig die Versammlungen regelmäßig zu besuchen.

Literatur

„Gesundheit“. Zeitschrift für gesundeheiltliche Lebensführung des verlässlichen Volkes. Herausgeber: Bauverbund deutscher Krankenfassen e. V. Berlin-Charlottenburg. Berliner Str. 137. „Der Veng ist da“ versteht die „Gesundheit“, die vom Bauverbund deutscher Krankenfassen herausgegeben und an den Kassenkassen fortgesetzt verteilte Zeitschrift für gesundeheiltliche Lebensführung des verlässlichen Volkes. Auch dieses Heft enthält, wie seine Vorgänger, für jeden Leser eine Fülle interessanter und belehrender Stoffes.

„Zuständige Bilduna“. Monatschrift des Reichsausschusses für staatliche Bildunaarbeit. Berlin SW. 68. Lindenstraße 3. Die „Zuständige Bilduna“ mit ihren Einnahmen, Wählerwarte und Zuständige Erziehung ist zum Preise von 1,20 M. pro Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung J. S. W. B. S. Berlin SW. 68. Lindenstraße 3 zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuß für staatliche Bildunaarbeit, Berlin SW. 68. Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

In unserer lieben Kollegin Elisabeth Eslingen und Bräutigam Willi Krafft zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kolleginnen und Kollegen der Ga. C. Baenitz jr. A.-G., Magdeburg. — Abteilung Buchdruck.

Für die Woche vom 5. April bis 11. April ist die Beitragsmarke in das 15. Heft des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: K. S. C. Charlottenstraße, Weichselstraße 5, Fernr.: Amt Weichsel 1322. — Verlag: S. K. Charlottenstraße, Herausgeber: Verband der graphischen Hilfsarbeiter u. arbeitenden Berufständes Verbandsvorstand, Charlottenstraße 3, Weichselstraße 5. — Druck: Buchdruckwerkstätte GmbH, Berlin SW 61, Dreifaltigstraße 5.